Weißeritz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. U.

Aelteste Zeitung des Bezirks

Bezugspreis: Vierteljährlich 20 Mk. ohne Zutragen. — Einzelne Nummern 20 Pf. — Fernsprecher: Amt Dippoldiswalde Nr. 3. Gemeindeverbands-Girokonto Nr. 3. — Postscheckkonto: Dresden 12548.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

Anzeigenpreise: Die sechsgespaltene Petitzeile 50 Pfg., außerhalb der Amtshauptmannschaft 75 Pfg., im amtlichen Teil (nur von Behörden) die Zeile 200 Pfg. — Eingesandt und Reklamen 200 Pfg.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Jehne. — Druck und Verlag: Carl Jehne in Dippoldiswalde.

Nr. 64 | Donnerstag den 17. März 1921 | 87. Jahrgang.

Butter-Sperrwoche.

Auf Anordnung der Landesfettstelle ist die in dieser Woche in allen Ueberschußkommunalverbänden vorhandene Butter zu Gunsten der Großstadt- und Industriebevölkerung abzuliefern.

Als Ersatz für Butter wird den Gemeinden **Schmalz nur auf besonderen Antrag** zugewiesen.

M IV. **Kommunalverband Dippoldiswalde,** am 15. März 1921.

Freitag den 18. März 1921 abends 7 Uhr

Oeffentliche Sitzung der Stadtverordneten zu Dippoldiswalde

Tagesordnung hängt im Rathause aus.

Die Satzung der Knaben- und Mädchenfortbildungsschule des Schulverbandes Altenberg Geising und Umgegend (Sitz: Altenberg) ist gemäß § 2b des Gesetzes über Gemeindeverbände vom 18. 6. 1910 in Verbindung mit § 8, Abs. 2 des Uebergangsgesetzes für das Volksschulwesen vom 22. 7. 1919 genehmigt worden und liegt beim Verbandsschulvorstand in Altenberg zur Einsicht aus.

Dippoldiswalde, am 12. 3. 21. 316 K. **Das Bezirksschulamt.**

Am Dienstag den **22. ds. Mts. abends 6 Uhr** findet im Saale der „Reichskrone" eine **öffentliche Aufklärung** über die **Deklaration zur Veranlagung für die Einkommensteuer** für das Jahr 1920 statt.

Stadtrat Dippoldiswalde, am 16. 3. 1921.

Drucksachen für Gemeindebehörden fertigt Buchdruckerei Carl Jehne.

Die Landessynode zur Kirchensteuerfrage.

In ihrer Abendsitzung vom Freitag, den 11. März nahm die Synode in bedeutsamer Weise zu der gegenwärtig sehr brennend gewordenen Kirchensteuerfrage Stellung, indem sie einstimmig folgende Kundgebung erließ:

„Bei der erstmaligen besonderen Erhebung der Kirchensteuern hat kirchenfeindliche Agitation durch wilde Gerüchte tiefe Beunruhigung in unserer Landeskirche hervorgerufen. Durch maßlose Uebertreibung wird versucht, die steuerpflichtigen Kirchgemeindeglieder vor unerträglichen künftigen Lasten zu ängstigen und durch planmäßige Irreführung zu veranlassen, sich durch den Austritt aus der Kirche der kirchlichen Steuerpflicht zu entziehen.

Die Landessynode fordert alle Kirchenvorstände auf, durch sachgemäße Aufklärung die notwendige Beruhigung in den Gemeinden zu schaffen. Sie erwartet von allen kirchentreuen Gemeindegliedern, daß sie sich in keiner Weise durch aufhetzende Lügen beirren lassen, sondern ihrer Kirche in ernster Zeit die Treue halten und willig wie bisher auch die notwendige Last der Kirchensteuern tragen, denen durch die staatliche Gesetzgebung ein begrenztes Maß gesetzt ist und die daher auch künftig jedenfalls nur bescheidene Anforderungen stellen werden.

Wenn aber die Staatsregierung beabsichtigt, die Steuerrechte der Kirche in Widerspruch mit der Reichsverfassung und in Abweichung von § 17 des eben erst erlassenen Vollzugsgesetzes zum Landessteuergesetz zu schmälern und durch eine unsoziale Gesetzgebung, besonders durch die Beseitigung der Grund-, Grunderwerbs- und Körperschaftssteuer die kirchliche Steuerlast auf die Steuerpflichtigen von geringer Leistungsfähigkeit abzuwälzen, so erhebt die Landessynode gegen diesen Eingriff in die verfassungsmäßigen Rechte der Landeskirche Einspruch und fordert zugleich alle Kirchgemeinden auf, ebenfalls ihre Stimme gegen diese neue Vergewaltigung der Landeskirche zu erheben."

In der Begründung führte Syn. Hofrat Rentsch aus, daß die Verhältnisse der letzten Zeit einen solchen Mahnruf gegen die Kirchenaustrittsbewegung dringend nötig gemacht hätten, während Konsist. Präsident DDr. Böhme u. a. besonders auf das schwere Martyrium hinwies, welches gegenwärtig namentlich von manchen christlichen Arbeitern erduldet werden müsse. Die vorliegende Kundgebung solle ermutigend wirken.

Oertliches und Sachsisches.

Dippoldiswalde. Tagesordnung zur 8. Sitzung der Stadtverordneten zu Dippoldiswalde Freitag den 18. März 1921, abends 7 Uhr. a) Oeffentliche Sitzung: Kenntnisnahme von der Verwilligung eines Kostenbeitrages und von der vertraglichen Abgabe des Gaswerkes Mügeln auf das Jahr 1920. — 2 Gesuche um Veräußerung von Grundstücken. — Mietvertrag mit der Ortskrankenkasse. — Vorlage, Erhöhung der Hundesteuer. — Aufnahme eines Darlehns für die Zwecke der Erwerbslosen-Fürsorge. — Haushaltpläne für die Forst- und Flurkasse, Müllerschulkasse, Handels- und Gewerbeschulkasse und Bürgerschulkasse. — Vorlage, Vergütung an den Schulrat. — Haushaltplan für die Mietwohnhäuserkasse. — Vorlage, Aufnahme eines Zusatzdarlehns für das städtische Doppelmietwohnhaus. — Anstellung einer neuen Lehrkraft für die Müllerschule. — Schulgeldsätze für Handels- und Gewerbeschüler. — — b) Nichtöffentliche Sitzung.

— Mit dem Planieren des Platzes für die zu errichtende Autohalle der Kraftwagenlinie Dippoldiswalde—Frauenstein—Sayda in der Nähe des Bahnhofs (hinter dem Kirchhofe) wird jetzt begonnen werden. Als Halle ist bekanntlich seitens des Kommunalverbandes eine Baracke aus Heeresbeständen erworben worden.

— In den letzten Tagen sind hier durch die Stadtsteuerbehörde Vordrucke zu Steuererklärungen für die Veranlagung zur Reichseinkommensteuer für das Jahr 1920 und für die Veranlagung zur Kapitalertragssteuer den Steuerpflichtigen zugestellt worden. Ein Anspruch der Steuerpflichtigen auf Zustellung dieser Vordrucke besteht nicht. Sollten deshalb einem zur Abgabe der Steuererklärungen Verpflichteten diese Formulare nicht zugegangen sein, so kann ihm nur empfohlen werden, sich dieselben bei der hiesigen Stadtsteuereinnahme oder beim Finanzamte abzuholen. Die Erklärungen sind bis spätestens den 31. März 1921 bei der Stadtsteuereinnahme oder dem Finanzamte ausgefüllt einzureichen. Das Nähere besagt die in Nummer 50 der Weißeritz-Zeitung abgedruckte öffentliche Aufforderung der Finanzämter Dippoldiswalde und Freiberg. Ueber die Ausfüllung der Formulare findet am Dienstag den 22. ds. Mts. abends 6 Uhr im Saale des Gasthauses „Reichskrone" eine öffentliche Aufklärung statt, deren Besuch angelegentlichst empfohlen wird.

Obercarsdorf. Die Diebe, die hier bei Bäckermeister Klemm eingebrochen waren und einen größeren Posten Schokolade entwendet hatten, sind in drei jugendlichen Personen aus Dippoldiswalde ermittelt worden.

Hermsdorf (Erzg.). Zur Konfirmation singt Kantor Knebel in der Kirche das Gebet von Hiller: „Herr, den ich tief im Herzen trage." Für die Nachfeier, die nachmittags auf dem Zollhause stattfindet, haben ihre Mitwirkung durch Gesang, Deklamation und Aufführungen gütigst zugesagt Frau Bahnvorsteher Grützner aus Moldau und der Jugendverein „Freude und Treue" von Hermsdorf.

Potschappel. Nachdem die notwendigen Vorarbeiten erledigt sind, soll nach einem Beschluß des Verfassungsausschusses der Vereinigungskommission nunmehr die Vereinigung der Gemeinden Döhlen, Deuben und Potschappel erfolgen. Es kann damit gerechnet werden, daß die Stadtgründung am 1. Oktober erfolgen wird, wenn der dem Ministerium des Innern jetzt vorgelegte Haushaltplan der drei Gemeinden Genehmigung findet.

Dresden. Nachdem der Landtag eine Eingabe der Weidegenossenschaft Mohorn auf Seuchenentschädigung abgelehnt, überwies er den Entwurf eines Abänderungsgesetzes zum Kostengesetze dem Rechtsausschuß und den Entwurf über die Errichtung eines Rücklagestocks für die Landwirtschaftsbetriebe des Wirtschaftsministeriums an den Haushaltausschuß A. Der Gesetzentwurf über die Trennung des Kirchen- und Schuldienstes der Volksschullehrer wurde dem Rechtsausschuß überwiesen, ebenso ein Gesetzentwurf über die Abänderung des Stempelsteuergesetzes. Zum Schluß bewilligte die Kammer 2 Millionen Mark für die sofortige Inangriffnahme des Baues des Elster—Saale-Kanals. — Nächste Sitzung Mittwoch den 16 März, mittags 1 Uhr. Tagesordnung: Haushaltkapitel, Pfandleihgebühren, Bauarbeiterschutz.

— Der Haushaltausschuß A beriet über die Abgabe verbilligten Bauholzes aus den Staatsforsten zum Zwecke des Kleinwohnungsbaues. Der Ausschuß hatte früher gewünscht, daß aus den Staatsforsten 50000 Festmeter Nutzholz zum halben Preise abgegeben werden möchte. Finanzminister Heldt setzte auseinander, daß ein so weites Entgegenkommen angesichts der Finanzlage nicht möglich sei. Der Nachtragsetat schließe mit einem Defizit von 300 Millionen Mark. Schon jetzt lasse sich übersehen, daß der ordentliche Haushaltplan für das nächste Haushaltsjahr 200 Millionen Unterbilanz aufweisen werde. Dabei sind eine Reihe neuer Belastungen des Staates noch gar nicht in Rücksicht gezogen, z. B. die Verstaatlichung des Hebammenwesens. Angesichts dieser Lage erklärte sich die Regierung bereit, 30000 Festmeter in drei Stärkegraden zum Preise von 170, 190 und 220 M. für den Festmeter bereitzustellen.

— Der Bezirksausschuß Pirna beschloß, der Stadt Pirna für ihr Realgymnasium eine jährliche Beihilfe von 75000 Mark zu gewähren (den Ausschlag gab die Stimme des Amtshauptmanns, da Stimmengleichheit herrschte). — Eine heftige Debatte brachte der neue Milchpreis, besonders die große Spanne zwischen Erzeuger- und Händlerpreis (1,45 gegen 2,50 M.).

Königstein. Montag Nacht stiegen rohe Burschen in der Bielatalstraße ins Kirchengebäude der katholischen Kirche zu Königstein und befriedigten ihre Zerstörungslust durch zahlreiche Steinwürfe gegen die Kirchenfenster, wobei das Kunstglaswerk der Firma Meyer in München im mittleren Fenster zum Teil zerstört worden ist. — Die Zerstörung von Kunstwerken und solchen Gegenständen, die anderen heilig sind, scheint mit zur „modernen Lebensauffassung" eines Teiles der heutigen Jugend zu gehören.

Mutzschen. Die Stadtverordneten haben bestimmt, daß das Alter für Neuverheiratete, die Anspruch auf Wohnung haben sollen, 27 Jahre betragen muß.

Burgstädt. Die städtischen Kollegien beschlossen die Erhöhung der Grund-, Lustbarkeits-, Karten-, Wertzuwachs- und Hundesteuer. Der Fehlbetrag der Lebensmittelkasse für 1920 beträgt etwa 250000 M.

Chemnitz. Wegen Nichtbezahlung der „Streikgelder" ist eine größere Anzahl von Lehrern und Lehrerinnen aus Chemnitz und Umgebung aus dem Sächsischen Lehrerverein ausgesperrt worden. Diese haben sich jetzt zu einer Ortsgruppe des Sächsischen Erzieherbundes zusammengeschlossen. In der Gründungsversammlung traten 63 der Anwesenden als Mitglieder bei.

Auerbach i. V. Der Saalinhaber-Verband für den Bezirk Auerbach tagte hier und nahm Stellung gegen die vom Bezirksausschuß beschlossene Lustbarkeitssteuer. Diese wurde als undurchführbar bezeichnet, sie bedeute den völligen Ruin des Gastwirtsstandes und speziell der Saalinhaber. Es wurde eine Entschließung angenommen, in der auf die Undurchführbarkeit hingewiesen wurde und eine der Lage der Gastwirtschaften entsprechende Steuerordnung beigefügt.

Falkenstein. Ein Falkensteiner Einwohner Eckstein hatte in einem Artikel in dem in Zwickau erscheinenden sozialdemokratischen „Sächsischen Volksblatt" den damaligen Falkensteiner Oberamtsrichter, jetzigen Landgerichtsdirektor Dr. Nietschel in Freiberg beleidigt. Dieser stellte Strafantrag. Das Schöffengericht Zwickau verurteilte Eckstein zu 14 Tagen Gefängnis, sprach aber den verantwortlichen Redakteur des Blattes, Krasser, frei.

Markneukirchen. Die Erinnerung an die vogtländischen Hölz-Tage von 1920 wurde lebhaft wachgerufen in der jüngsten Sitzung der hiesigen Stadtverordneten. Am 24. März vorigen Jahres wurde beim Einrücken der Hölz-Truppen nicht nur die Stadtkasse um 100000 Mark erleichtert, es wurde auch ein völlig Unbeteiligter, der 50jährige Bademeister Borch, erschossen. Der von der Kreishauptmannschaft Zwickau eingesetzte Ausschuß für Aufruhrschäden hat nunmehr entschieden, daß der Frau Borch eine lebenslängliche Rente von 400 Mark jährlich (!) zu zahlen sei.

Einschränkung des Grenzverkehrs mit dem Elsaß.

Straßburg, 15. März. Der Grenzverkehr von Straßburg nach Kehl ist sehr eingeschränkt worden. Die Ein- und Ausreiseerlaubnis nach und von Elsaß für das deutsche Gebiet wird gegenwärtig überhaupt nicht erteilt. Man bringt diese Maßnahme mit ausgedehnten Truppenbewegungen im Unterelsaß sowie mit der Verstärkung der Festungsgarnisonen in Zusammenhang.

Das Ergebnis der Konferenz: negativ.

London, 16. März. Die „Daily News" schreiben in ihrer Montagsausgabe: Mit der Abreise von Graf Sforza kann die Londoner Konferenz als formell beendet angesehen werden. Was ist während ihrer dreiwöchigen Dauer erreicht worden. Soweit definitive Verhandlungen in Frage kommen, ist die Antwort einfach in Form einer Tabelle: mit Deutschland nichts, mit Griechenland und der Türkei nichts, mit Oesterreich nichts!